

IWH-Pressemitteilung 19/2013

Halle (Saale), den 11. Juni 2013



Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

Mindestlohn von 8,50 Euro: Welche Branchen wären besonders betroffen?

Nach einer Analyse des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) arbeiten im Jahr 2011 in Ostdeutschland etwa 25% und in Westdeutschland knapp 12% der Beschäftigten für einen vereinbarten Bruttostundenlohn von weniger als 8,50 Euro. Die Relation eines Mindestlohnes dieser Höhe zum Medianlohn^a liegt in Ostdeutschland bei 71% und in Westdeutschland bei knapp 54%. In einzelnen Branchen wäre diese Relation jedoch wesentlich höher. Im ostdeutschen Gastgewerbe und in der ostdeutschen Land- und Forstwirtschaft/Fischerei würde der Schwellenwert von 8,50 Euro sogar über den im Jahr 2011 in diesen Branchen gezahlten Medianlöhnen liegen. Aufgrund ihres geringen gesamtwirtschaftlichen Gewichtes haben diese Branchen dennoch nur einen relativ kleinen Anteil an der Zahl der Geringverdiener insgesamt. Spitzenreiter sind hier die öffentlichen und privaten Dienstleister. Dort arbeitete im Jahr 2011 ein Viertel aller Beschäftigten für einen Stundenlohn unter 8,50 Euro.

Der Anteil der Frauen, deren vereinbarter Bruttostundenlohn im Jahr 2011 unter 8,50 Euro lag, war mit 18,3% fast doppelt so hoch wie bei den Männern (10,1%). Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass Frauen deutlich häufiger in Teilzeit arbeiten bzw. einem Minijob nachgehen. Bei Teilzeitjobs und bei Minijobs ist der Anteil der Geringverdiener höher als bei Vollzeitjobs. In Westdeutschland ist der Unterschied zwischen den Geschlechtern größer (16,3% zu 7,5%) als in Ostdeutschland (27,9% zu 22,5%).

Nach Einschätzung der Autoren der Studie könnte die flächendeckende Einführung eines Mindestlohnes von 8,50 Euro vor allem in Branchen mit einem hohen Anteil von Geringverdienern Arbeitsplätze in Gefahr bringen. Dies gilt insbesondere für gering qualifizierte Erwerbstätige, wenn der Mindestlohn nicht durch ihre Produktivität gedeckt wird. Die Unternehmen könnten auf die Einführung eines Mindestlohnes auch mit einer Ausweitung der unbezahlten Überstunden reagieren. Dies könnte dazu führen, dass die effektiven Bruttostundenlöhne sinken bzw. ein Teil der Beschäftigten nicht mehr benötigt wird.

^a Der Medianlohn gibt den Stundenlohn an, bei dem genau die Hälfte der Beschäftigten weniger bzw. mehr verdient.

Veröffentlichung:

BRAUTZSCH, HANS-ULRICH; SCHULTZ, BIRGIT: Mindestlohn von 8,50 Euro: Wie viele verdienen weniger, und in welchen Branchen arbeiten sie?, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 19 (3), 2013, 49-52.

Wissenschaftliche Ansprechpartnerin:

Birgit Schultz
Tel.: +49 345 7753 818, E-Mail: Birgit.Schultz@iwh-halle.de

Sperrfrist:

11. Juni 2013
12:00 Uhr

Pressekontakt:

Stefanie Orphal
Telefon:
+49 345 7753 720
E-Mail:
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartnerin:

Birgit Schultz
Telefon:
+49 345 7753 818
E-Mail:
bsc@iwh-halle.de

Politische Ressorts:

Bundesministerium für
Wirtschaft und
Technologie (**BMWi**),
Bundesministerium für
Arbeit und Soziales
(**BMAS**),
Bundesministerium des
Inneren (**BMI**),
Wirtschaftsministerien der
Neuen Länder

Wissenschaftliche

Schlagwörter:

Arbeitsmarkt, Mindestlohn,
Medianlohn,
Branchenvergleich

Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

Tel.: +49 345 7753 60
Fax: +49 345 7753 820
<http://www.iwh-halle.de>

Pressekontakt:

Stefanie Orphal

Tel.: +49 345 7753 720, E-Mail: presse@iwh-halle.de

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) erforscht die transformationsbedingten ökonomischen Besonderheiten in Ostdeutschland und Mittelosteuropa, die es zu überwinden bzw. zu gestalten gilt, sowie den fortdauernden Prozess der ökonomischen Integration in Europa. In drei Forschungsabteilungen (Makroökonomik, Strukturökonomik und Stadtökonomik) erarbeitet das IWH darüber hinaus wissenschaftlich fundierte Beiträge zur aktuellen Wirtschaftspolitik. So ist das IWH beispielsweise Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt, und Partner eines europäischen Forschungskonsortiums zur Untersuchung der ökonomischen Aufholprozesse in Mittel- und Osteuropa (7. Forschungsrahmenprogramm der EU).

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 86 selbstständige Forschungseinrichtungen. Deren Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute bearbeiten gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevante Fragestellungen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter <http://www.leibniz-gemeinschaft.de>.